

Ulrich Brand

Nach der Krise des Fordismus

Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen

Unter dem Begriff Global Governance werden Veränderungen des Politischen und damit politischer Regulierung, insbesondere auf internationaler Ebene, diskutiert. In diesem Beitrag wird Global Governance als Diskurs verstanden, der Teil des Suchprozesses sich herausbildender postfordistischer Politik und ihrer Begründung ist. An verschiedenen Dimensionen wird gezeigt, wie Global Governance sich in den dominanten Transformationen des Politischen artikuliert. Dabei zeigt sich, dass Global Governance als Diskurs keineswegs der postfordistisch-neoliberalen Gesellschaftstransformation entgegensteht, sondern vielmehr dazu dient, die Bearbeitung von globalisierungsinduzierten Krisen zu effektivieren.

1. Einleitung¹

Die sozialwissenschaftliche Debatte um *Global Governance* gehört gegenwärtig sicherlich zu den spannendsten in der Politikwissenschaft, und auch die politische Bedeutung des Terminus nimmt weiter zu. Synonym werden vielfach die Begriffe »Re-Regulierung« (der Weltwirtschaft) oder »globales Regieren« verwendet. *Global Governance* thematisiert insbesondere die sich verändernde Rolle des Staates sowie internationaler Institutionen in der internationalen Politik. Als deskriptive Kategorie beschreibt der Begriff *Global Governance* die tiefgreifenden Veränderungen des Politischen bzw. politischer Regulierungsprozesse. Darüber hinaus hat *Global Governance* jedoch noch eine weitere Funktion: Im Kontext der globalisierungsvermittelten Restrukturierung des Politischen, insbesondere auf der internationalen Ebene, geht es in diesem Beitrag um den Stellenwert von *Global Governance* als *Diskurs*. Hintergrund dieser Schwerpunktsetzung ist die Frage, inwiefern der *Global-Governance*-Diskurs zu einer Hegemoniebildung postfordistischer Politik beitragen kann (oder bereits beiträgt). Nach Auflösung der fordistischen Konstellation entsteht auch und gerade im Feld des Politischen spätestens seit den Achtzigerjahren ein noch unklares, neoliberal geprägtes postfordistisches Vergesellschaftungsmus-

1 Mein Dank für hilfreiche Kommentare während der langen und klärenden Entstehungsphase dieses Textes geht unter anderem an die Mitglieder der AG Weltgesellschaft am FB Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, das Kolloquium des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung und Partizipation in Recklinghausen, die TeilnehmerInnen des Symposiums »Knowledge Networks and Global Governance« im Juni 2002 an der Universität Kassel sowie insbesondere an die anonymen GutachterInnen der Zeitschrift für Internationale Beziehungen.

ter.² Als Diskurs, so die zentrale These, ist *Global Governance* Teil des (Formations-) Prozesses sich herausbildender postfordistischer Politik und ihrer wissenschaftlichen wie nicht-wissenschaftlichen Begründung. Gleichzeitig wird der Großbegriff *Global Governance* in dem Moment wichtig, in dem die negativen Implikationen der beobachtbaren Umbrüche offensichtlich werden, d. h. sich als Krisen sowie in Kritik und Protest artikulieren, so etwa die Finanzkrisen in Asien, Russland, Mexiko, die Proteste gegen das multilaterale Investitionsabkommen (MAI) oder die Welthandelsorganisation (WTO) oder allgemeiner das Erstarken der so genannten GlobalisierungskritikerInnen. Aus dieser doppelten Perspektive heraus sind die verschiedenen Beiträge zum *Global-Governance*-Diskurs interessant, wenngleich sie nur einen Teilbereich der Suche nach postfordistischen Kompromissen, spezifischen institutionellen Konfigurationen und gesellschaftlich akzeptierten Orientierungen darstellen und bislang nicht *das* hegemoniale Muster des Politischen begrifflich verdichten.

Der Beitrag möchte die Frage aufwerfen, warum *Global Governance* zu einem derart attraktiven Diskurs in den Sozialwissenschaften geworden ist und auch in der politischen Diskussion einen wachsenden Stellenwert einnimmt. Damit soll zu einer produktiven Auseinandersetzung über die Bedeutung des *Global-Governance*-Diskurses beigetragen sowie ein Referenzrahmen für zukünftige Forschungen im Bereich Internationale Beziehungen und speziell *Global Governance* aufgezeigt werden. Dazu soll exemplarisch und explorativ verdeutlicht werden, mit welchen »Anschlüssen« der *Global-Governance*-Diskurs in der deutschsprachigen Diskussion an Bedeutung gewinnt. Er tut dies, so wird argumentiert, indem er sich in den strukturellen Veränderungen des Politischen spezifisch artikuliert, an dominante Bedeutungszuschreibungen der strukturellen Veränderungen und ihrer Probleme anschließt, dafür einen plausiblen und breit akzeptierten Begriff von Politik entwickelt, bestehende oder auftretende Widersprüche überbrückt und somit die dominanten Entwicklungen des Politischen »rahmt«. In dieser Weise ordnet der Diskurs die komplexen Verhältnisse, macht sie plausibel und dient als Orientierungspunkt für politisches Handeln.

Auf internationaler Ebene gibt es verschiedene Varianten von *Global Governance*. Mit Christoph Scherrer (2000a: 14, 2000b: 55) lassen sich diese grob in eine rot-grüne und eine neoliberale Spielart unterteilen. Die neoliberale Variante wurde konzeptionell seit den frühen Siebzigerjahren in außenpolitischen Foren international operierender Kapitalgruppen und *think tanks* der USA vor dem Hintergrund der Regimetheorie entwickelt: Ihren intellektuellen VertreterInnen ging es zuvorderst um die Sicherung der Rechte an Privateigentum gegenüber einzelnen Staaten und internationalen Organisationen. Die Essenz von *Global Governance* als Diskurs in der deutschsprachigen Diskussion, die dieser Beitrag zum Gegenstand hat, bildet

2 Die Begriffe »Fordismus« und »Postfordismus« bezeichnen unterschiedliche Phasen bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung. Sie werden im Folgenden heuristisch verwendet, um aus regulationstheoretischer Perspektive den Übergang zu einer neuen Phase bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung anzuzeigen.

dagegen die rot-grüne Variante, in deren Zentrum die kooperative Bearbeitung der negativen Folgen neoliberaler Globalisierung steht. Allerdings werde ich aufzuzeigen versuchen, dass die durch den *Global-Governance*-Diskurs in Deutschland geförderte symbolische und materielle Bearbeitung jener materiellen Folgen wie auch die Vermeidung von Krisen – entgegen den Absichten ihrer intellektuellen Vorreiter – gerade zur Festigung der dominanten neoliberal geprägten postfordistischen Verhältnisse beiträgt.

Um *Global Governance* solchermaßen als möglichen hegemonialen Diskurs postfordistischer Politik in den Blick zu nehmen, wird auf den Diskursbegriff Michel Foucaults (1977) zurückgegriffen: Diskurse sind Foucault zufolge selektiv, ziehen Grenzen und konstituieren ein Wissen darüber, wie gesellschaftlich »richtig« gedacht und gehandelt wird (Foucault 1977: 47). Die Konstitution von Diskursen erfolgt in umkämpften Prozessen. Sie bilden gleichzeitig die »Orte« und »Spielregeln«, an bzw. nach denen Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Diskurse haben Machtwirkungen, wenn sie institutionalisieren, an Handlungen angebunden werden und zu Trägern von gültigem Wissen werden (Link 1983: 60). Als hegemonial können Diskurse bezeichnet werden, wenn sie zur »historisch-organischen Ideologie« (Antonio Gramsci 1992: 876) herrschender Akteure werden, die damit ihre partikularen Interessen zu gesellschaftlich akzeptierten machen (in der Regel durch in sozialen Auseinandersetzungen abgerungene Zugeständnisse und Kompromisse).

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Der *Global-Governance*-Diskurs »leitet« die postfordistische Restrukturierung von Politik nicht an, er ist aber auf dem besten Weg, durch wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Beiträge in Form von Studien, programmatischen Schriften, *Policy-Papers*, Diskussionen, Zeitungsartikeln, Lehrveranstaltungen, Beratungsgremien etc. diese Restrukturierung zu »rahmen«. Diese – durch sehr unterschiedliche Akteure vertretenen – Beiträge können als Diskurselemente bezeichnet werden, die *mit*-definieren, welche Entwicklungen und deren Begründungen als unhintergebar und legitim erscheinen. Ein bestimmtes Set von Orientierungen und Praktiken wird durch den Diskurs als angemessen legitimiert, während andere ausgegrenzt werden. Besonders deutlich wird dies am zentralen Topos des *Global-Governance*-Diskurses: der Re-Regulierung der ökonomischen Globalisierung (vgl. Kap. 3.2). Foucault (1977: 47f) nennt das den genealogischen Teil der Analyse, der die Formierung des Diskurses in den Blick nimmt. Wenn auch in diesem Beitrag keine Diskursanalyse geleistet wird, so ermöglicht der Rückgriff auf Foucaults Diskursbegriff doch einige Einsichten in den Stellenwert von *Global Governance* hinsichtlich der aktuellen Transformationsprozesse.

Allerdings können die *strukturellen* Veränderungen des Politischen bzw. die hier interessierende postfordistische internationale Politik, auf die sich der *Global-Governance*-Diskurs zentral bezieht, mit einer diskurstheoretischen Perspektive allein nicht ausreichend erfasst werden. Die Strukturen des postfordistischen Politischen bilden sich teilweise unabhängig von Diskursen heraus.³ Auch wenn plausibel

3 Foucault (1973: 224f) wies zwar auf das Verhältnis diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken hin, die sich nicht dichotomisch gegenüber stehen, sondern sich gegenseitig

ist, dass es keine für Akteure bedeutsame Wirklichkeit außerhalb von Diskursen gibt, existieren doch »verselbständigte« Strukturen, die den Akteuren als nicht oder schwer veränderbar gegenüberreten. Strukturen entstehen zwar durch soziales Handeln, verselbständigen sich jedoch und sind nur noch begrenzt intentionalem Handeln (wie auch der Sprache) zugänglich. Strukturen sind zwar theoretische Konstrukte, verweisen aber – ohne die Wirklichkeit in ihrer Gänze zu erfassen – auf Handlungs-»Korridore« im Sinne von Restriktion und Ermöglichung, die jenseits nicht-theoretischer diskursiver Praxen liegen. Bestimmte Formen des Handelns haben zu verschiedenen Zeiten deutlich geringere oder gar keine Möglichkeiten, sich durchzusetzen. Ein historisch-materialistischer Strukturbegriff ist daher den hier diskutierten Sachverhalten angemessen. Ihm zufolge wirken in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften Strukturprinzipien wie etwa die Trennung von Politik und Ökonomie, Lohnarbeit oder Privateigentum an Produktionsmitteln, die tiefer verankert sind als explizite Normen, wie sie in konstruktivistischen Strukturbegriffen dominieren. Aus historisch-materialistischer Sicht geht es auch um mehr als um Intersubjektivität und Verständigungshandeln, denn eine Verständigung über die grundlegenden Strukturen bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung findet ja in der Regel nicht statt. Mit diesem weitergehenden Strukturbegriff gerät daher ein Aspekt in den Blick, der in den meisten Beiträgen zu *Global Governance* unterschätzt wird: die Konkurrenz in der internationalen Politik und Ökonomie als Strukturprinzip bürgerlich-kapitalistischer (Welt-)Vergesellschaftung. Sie wird insbesondere durch die Existenz fragmentierter Räume – ob nationalstaatlich oder anders organisiert – ermöglicht und dynamisiert. Dieser Sachverhalt muss bei der Analyse der Dynamiken, Strukturen, Orientierungen und Begründungsmuster internationaler Politik zentral berücksichtigt werden.⁴

Die Dynamik der gegenwärtigen Entwicklungen kann in dieser Perspektive mithilfe der Regulationstheorie verstanden werden, insbesondere die hier interessierenden Veränderungen des internationalen Politischen (vgl. Kap. 3.1).⁵ Wie alle histo-

bedingen. Die Ökonomie nennt er als zentralen Bereich nicht-diskursiver, aber dennoch Gesellschaften strukturierender Praxis. Dennoch hatte er Probleme, das Verhältnis von Diskurs (Sagbarem/Gesagtem), nichtdiskursiven Praxen (Tätigkeiten) und Produkten/Gegenständen zu fassen (vgl. Jäger 2001: 87-96).

- 4 Das gilt auch für den hier nicht weiter betrachteten Sachverhalt, inwieweit die normative Perspektive einer *Global Governance* immer wieder am Strukturprinzip der internationalen Konkurrenz scheitert.
- 5 Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass die regulations- und kritisch-staatstheoretisch inspirierte Analyse und Terminologie, welche die gegenwärtige Phase kapitalistischer Entwicklung als Übergang von Fordismus zum Postfordismus fassen, kaum eine Rolle spielen in der Diskussion innerhalb der Internationalen Beziehungen. Es wird hier nicht weiter auf diese m. E. fruchtbare Perspektive eingegangen. Vgl. etwa Amin (1994); Hirsch/Roth (1986); Boyer (1990); Hübner (1989); Esser et al. (1994); Demirovic et al. (1994); Aglietta (2000); spezifisch hinsichtlich postfordistischer Politik Roth (1998); Jessop (1997); Hirsch (2001). Zudem soll hier der Hinweis genügen, dass ich den Begriff des Neoliberalismus zur Identifikation einer neuen Entwicklungsweise für unzureichend halte, denn er kennzeichnet eher ein Programm und Projekt, das sich in Kämpfen durchsetzen muss und dessen tragende Kräfte zu Kompromissen bereit sein müssen, was dementspre-

risch-materialistischen Theorien geht sie von der ontologischen Annahme aus, dass bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften von Widersprüchen durchzogen sind. Der Begriff der Regulation, welcher der Theorie den Namen gibt, stellt jedoch einen Bruch mit anderen historisch-materialistischen Ansätzen dar. Im Gegensatz zu der Annahme, dass die vielfältigen Widersprüche und damit verbundenen Krisen die kapitalistische Gesellschaftsformation in ihre »finale Krise« treiben, wird der Blick umgekehrt: Wie werden die Widersprüche bearbeitet, und wie verleihen sie der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung ihre Dynamik? Inwieweit kann die grundlegend krisenhafte Dynamik gesellschaftlicher Prozesse institutionell stabilisiert werden? Und für unsere Zwecke hier: Welchen Anteil hat daran der *Global-Governance*-Diskurs?

Nach diesen einleitenden methodisch-theoretischen Überlegungen werden im nächsten Schritt zentrale Beiträge des *Global-Governance*-Diskurses in Deutschland vorgestellt. In einem zweiten Schritt skizziere ich einen regulationstheoretisch inspirierten Zugriff auf die beobachtbaren Umbrüche des internationalen Politischen und seine Widersprüche, um zu zeigen, wie sich Diskurs und strukturelle Veränderungen miteinander verbinden. *Global Governance* wird als möglicher hegemonialer Diskurs postfordistischer internationaler Politik interpretiert, gerade weil er in zentralen Fragen anschlussfähig ist an die dominanten Veränderungen des Politischen. Dabei wird deutlich, dass der gesellschaftliche Entwicklungen legitimierende und Handeln orientierende Diskurs keineswegs postfordistisch-neoliberalen Gesellschaftstransformation entgegensteht, sondern eher dazu dient, die Bearbeitung von globalisierungsinduzierten Krisen zu effektivieren. Der Beitrag schließt mit einer knappen Zusammenfassung und einem Ausblick auf zukünftige Forschungsarbeiten.

2. Zentrale Beiträge und Kernargumente des *Global Governance*-Diskurses⁶

Ernst-Otto Czempiel und James Rosenau (1992) analysierten frühzeitig eine *governance without government* in der internationalen Politik, und Rosenau (1995: 18-20) hat die Forschungsperspektive eines *postnational paradigm* entwickelt, das neben einer staatszentrierten auch eine multizentrierte Perspektive einnehmen müsse. Prominenz erlangte der Begriff in den letzten zehn Jahren im Umfeld der Internationalen Beziehungen, um zu beschreiben, wie sich nach dem Ende der US-Hegemonie der Nachkriegszeit ein internationales *system of rules* etabliert hat und was die Formen und Bedingungen kollektiven Handelns auf internationaler Ebene sind. Allerdings besteht ein wichtiger Unterschied zwischen der weitgehend analytischen Verwendung bei Rosenau (1995) und der normativen Bedeutung von *Global Gover-*

chend in verschiedenen Ländern unterschiedlich geschieht (vgl. Brand et al. 2000: 57f). Der Begriff des Postfordismus bzw. der gegenwärtigen postfordistischen Restrukturierung ist geeigneter, wengleich auch damit einige Unschärfen einhergehen, vgl. Candeias/Deppe (2001); Brand/Raza (2003).

- 6 Ich bin mir der Schwäche bewusst, dass es kein klares Kriterium der Zurechnung zum *Global-Governance*-Diskurs gibt. Dies müsste eine systematische Diskursanalyse leisten.

nance in vielen anderen Beiträgen: Die analytische Variante wendet den Begriff für sich aktuell verändernde politische Strukturen und Prozesse an, den normativen Beiträgen geht es zuvorderst darum, die Möglichkeiten erstrebenswerter Entwicklungen abzustecken, ohne sich genauer mit den Hindernissen auseinander zu setzen (Hummel 2002: 113).⁷

Ein zentrales Dokument in der internationalen Diskussion ist der Bericht der *UN Commission on Global Governance* (CGG 1995), die den Begriff über die wissenschaftliche Fachdebatte hinaus bekannt machte und gleichzeitig die wissenschaftliche Diskussion stimulierte. Konkretisiert wird dieser Ansatz u. a. in den akteurszentrierten Studien zu *global public policy networks* von staatlichen Akteuren, NGOs, Unternehmen und internationalen Organisationen (vgl. etwa Reinicke 1998). Ihre Funktion besteht in der effektiven Problembearbeitung bzw. darin, als »Mehrebenen-Netzwerkmanager« verschiedene Ebenen zu verknüpfen (Reinicke et al. 2001: 12). UNO-Generalsekretär Kofi Annan bezieht sich mit seiner »Global Compact Initiative« ganz explizit auf diese Ansätze (zur Darstellung und Kritik vgl. Paul 2001). Ohne den Begriff explizit zu verwenden, hat auch die Gruppe von Lissabon (1997) mit ihrem Bericht »Grenzen des Wettbewerbs« einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Re-Regulierung der Weltwirtschaft erbracht. Für die deutschsprachige Diskussion sind die Beiträge von Dirk Messner und Franz Nuscheler (1996; Hauchler et al. 2001) vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) zentraler Referenzpunkt. Politisch hochrangig verhandelt wurde der Begriff in der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages, in der dreizehn Abgeordnete und dreizehn WissenschaftlerInnen (davon eine Frau) saßen. 2001 wurde ein Zwischenbericht und 2002 ein Abschlussbericht vorgelegt (Enquete-Kommission 2001, 2002). Eine explizit ausgearbeitete theoretische Position in der deutschsprachigen Diskussion, wenngleich mit »Projekt komplexes Weltregieren« statt *Global Governance* bezeichnet, hat Michael Zürn (1998) entwickelt.

Aber auch in den eher randständigen politikwissenschaftlichen Diskussionen wie der Internationalen Politischen Ökonomie findet der *Global-Governance*-Begriff verstärkt Verwendung (Altwater/Mahnkopf 1999; Prakash/Hart 1999). Feministische Autorinnen versuchen an den Begriff *Global Governance* anzuschließen, weil er die Möglichkeit eröffnet, die »realistische« Staatsfixierung und die darin angelegte geschlechterblinde Konzeptualisierung internationaler Politik zu durchbrechen (Ruppert 2000: 50-57; Wichterich 2000: 274-276; Ruf 2000: 174f). Beiträge aus »südlicher« Perspektive sind bislang eher die Ausnahme: In einem Bericht für die Enquete-Kommission des Bundestages skizzierte Walden Bello (2001), Direktor eines NGO-Think-Tank in Thailand, eine Kritik am herrschenden System der »global economic governance« und stellte dem den Ansatz einer »deglobalization« und pluralistischen *Global Governance* gegenüber (Bello 2001: 39f). Einen guten Über-

7 Achim Brunnengräber und Christian Stock (1999: 446) unterteilen die Beiträge zu *Global Governance* in eine empirisch-analytische, eine emphatische und eine politisch-strategische Variante. Darauf wird jedoch angesichts der Fragestellung des Beitrages nicht zurückgegriffen.

blick über die Diskussion gibt Mürle (1998); die ausführlichste inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Begriff erfolgte deutschsprachig in einer von der Heinrich-Böll-Stiftung finanzierten Studie (Brand et al. 2000).

Was sind nun die aus den verschiedenen Beiträgen destillierbaren »Kernelemente« des Diskurses (in etwas anderer Form vgl. Brand et al. 2000: Kap. 2)?⁸ Verallgemeinernd wird *erstens* davon ausgegangen, dass sich viele gesellschaftliche Prozesse und damit einhergehende Probleme und Politiken internationalisiert haben. Dies wird mit dem Begriff der Globalisierung gefasst, die zuvorderst als ökonomische interpretiert wird. Dieser an sich positive, wohlstandssteigernde und unhintergehbare Prozess zeitige Instabilität und Krisen, daher müsse durch multilaterale Politik, insbesondere im Rahmen der UNO, politisch gegengesteuert werden. Instabilität und Krisen existieren als Wachstums- oder Währungskrisen, als politische Krisen oder in Form der schnellen Verarmung breiter Bevölkerungsschichten etc. Wichtig ist hier, dass die Beiträge zu *Global Governance* reale oder potenzielle Krisen als Folge einer Inkohärenz ökonomischer und politischer Prozesse interpretieren. Krisen und Instabilitäten, so die Annahme, nehmen ab, wenn Globalisierung politisch gestaltet wird: »Auf den einfachsten Nenner gebracht bedeutet ›Global Governance‹, den Prozess der Globalisierung politisch zu begleiten« (Enquete-Kommission 2002: 415). Gegen globale Probleme und Krisen soll Ordnung gesetzt werden, wie es etwa in der deutschen Übersetzung des Berichtes der CGG (1996) als »Weltordnungspolitik« deutlich wird. *Global Governance* ist somit ein Diskurs politischer Gestaltung, der das Politische und dessen Veränderungen thematisiert und dort intervenieren will. Dabei überwiegt die doppelte Perspektive, *Global Governance* als einen Prozess zu verstehen, der (a) die internationalen Verhältnisse in eine wünschbare Richtung politisch gestaltet, nämlich in Richtung eines möglichst krisenfreien Prozesses von internationalem Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, und (b) mittels dessen die »negativen Folgen der Globalisierung« bearbeitet werden sollen. Am dezidiertesten konstatiert die Gruppe von Lissabon (1997: 137f), dass es um »menschlichen Wettbewerb« und gegen die »aggressive Wettbewerbsideologie« gehe.

Die entstehenden Probleme werden *zweitens* als »Weltprobleme« konzeptualisiert, deren Charakteristikum darin besteht, dass sie alle Gesellschaften und Menschen in ähnlicher Weise betreffen und folglich alle ein Interesse an ihrer effektiven Bearbeitung haben müssen. Neben der Begründung internationaler Politik durch gemeinsame Interessen geht es normativ um die Herausbildung eines »Weltethos« bzw. universeller Rechte sowie um die Notwendigkeit neuer Visionen zur Bearbeitung der Weltprobleme (Messner/Nuscheler 1996: 8).

Diese Bearbeitung der Probleme soll *drittens* kooperativ und dialogisch erfolgen. Unterschiedliche Akteure und ihre Interessen sind vor dem Hintergrund schwerwie-

8 Dabei werden die als dominant eingeschätzten Beiträge herangezogen. Die Einteilung lehnt sich an die Schematisierung von Marianne Beisheim und Achim Brunnengräber im Zwischen- und Endbericht der Enquete-Kommission (2002: 453f) »Globalisierung der Weltwirtschaft« an. Dabei beziehe ich mich auf die im deutschsprachigen Raum am stärksten rezipierten Beiträge.

gender Weltprobleme sowie durch die Einsicht der Akteure in die Vorteile der Kooperation kompromissbereit. Es werden allgemein und in einzelnen *Policy*-Feldern *Win-Win*-Situationen konstatiert. Zudem spielen Experten, die über ein überlegenes Problembewusstsein und Kompetenzen zur Bearbeitung verfügen, eine wichtige Rolle (vgl. dazu grundlegend Haas 1992).

Problembearbeitung kann *viertens* nicht durch das jeweilige nationalstaatliche Institutionensystem erfolgen, weil es im Globalisierungsprozess in zentralen Fragen, nämlich hinsichtlich der Bearbeitung der immer wichtiger werdenden grenzüberschreitenden Probleme, seine Steuerungsfähigkeit verloren habe. Die Beiträge zu *Global Governance* machen Vorschläge, wie mit dem Steuerungsverlust umgegangen werden könnte: Dies solle durch internationale Kooperation und den Aufbau eines adäquaten internationalen Institutionensystems erfolgen, wobei das bestehende als unzureichend erachtet wird. Messner und Nuscheler (1996: 5-7) sehen die Notwendigkeit und Konturen einer *Global-Governance*-Architektur, bei der CGG (1996: Kap. IV) bekommt ein zu gründender Rat für Wirtschaftliche Sicherheit eine große Bedeutung.

Als *fünfte* Aspekt wird der »Zivilgesellschaft«, d. h. nicht-staatlichen Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen und privaten Unternehmen, ein wichtiger Stellenwert bei der Artikulation und Bearbeitung von Problemen beigemessen; nicht mehr nur das staatliche Institutionensystem macht Politik oder soll sie machen. Teilweise wird die Zivilgesellschaft aber auf die Funktion einer »Korrekturinstanz« reduziert (Messner/Nuscheler 1996: 4), während sie in anderen Beiträgen emphatischer gesehen wird im Sinne von Selbstorganisation und Kreativität (CGG 1996: 369).

Und *schließlich* wird ein Demokratiedefizit auf internationaler Ebene festgestellt. Die Gruppe von Lissabon konstatiert, »dass Verfahren der repräsentativen Demokratie auf globaler Ebene außer Kraft gesetzt werden. Das globale System wird durch oligarchische Machtstrukturen gelenkt, die dazu neigen, zu immer effizienteren und besser integrierten Netzwerken zu verschmelzen, die die nationalstaatlichen Regierungen umgehen« (Gruppe von Lissabon 1997: 178). Dem soll mit verstärkter Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure begegnet werden.

3. *Global Governance als potenziell hegemonialer Diskurs postfordistischer Politik?*

In diesem Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, in welchem Verhältnis die Transformation des Politischen zum wichtiger werdenden *Global-Governance*-Diskurs steht. Nach einer kurzen Skizze dessen, was ich – im Hinblick auf die weitere Argumentation – unter postfordistischer Politik verstehe, interessiert mich, inwieweit die skizzierten Elemente des sich herausbildenden *Global-Governance*-Diskurses an diese Transformationen anschließen oder mit ihnen in einer Spannung stehen.

3.1. Postfordistische Politik und ihre Widersprüche

Die Veränderungen der gegenwärtigen Gesellschaften seit Mitte der Siebzigerjahre sind vielfach analysiert worden: Soziale Verhältnisse wurden und werden tiefgreifend transformiert, insbesondere die Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie sowie zwischen Staat und Gesellschaft. Dabei handelt es sich nicht um eindeutige Prozesse, sondern um umkämpfte und widersprüchliche Tendenzen. Dennoch können insbesondere die Achtzigerjahre charakterisiert werden als mehr (USA, Großbritannien) oder weniger (Deutschland, Frankreich) erfolgreicher Versuch herrschender Kräfte, fordistische Kompromisse aufzukündigen:⁹ Im Effekt wurden die dominanten Klassen gegenüber den Lohnabhängigen gestärkt, wobei innerhalb des dominanten Machtblocks das Finanzkapital die Oberhand gewann. Eine harte und kontinuierliche Staatskritik legitimierte in vielen Bereichen die Regulierung durch Markt- und Privatinteressen, die vormals der öffentlichen Hand oblagen. Gleichzeitig delegitimierte sie sozialstaatliche Leistungen ebenso wie staatliche Interventionen in den wirtschaftlichen Akkumulationsprozess. Für die hier verfolgte Fragestellung sind dabei vier Transformationsprozesse zentral, denen spezifische Widersprüche inhärent sind: Die Transformation des Staates und der internationalen Politik sowie die Transformation von Demokratie und Hegemonie.¹⁰ Dabei hat sich gezeigt, dass neoliberale Projekte bislang integraler Bestandteil des sich herausbildenden Postfordismus waren, d. h. eine Zurückdrängung spezifischer, nämlich sozialstaatlicher Staatsfunktionen, die Kommodifizierung sozialer Verhältnisse sowie die Stärkung bestimmter Kräfte, insbesondere international orientierter Kapitalgruppen.

Die spezifischen Widersprüche, die jene Transformationen aus sich heraus produzieren, sowie die Tatsache, dass sie gegenwärtig nicht adäquat bearbeitet werden können, führen seit Mitte/Ende der Neunzigerjahre zu einer krisenhaften Situation, und zwar sowohl innerhalb der einzelnen Nationalstaaten wie auch international. Im Zuge des Globalisierungsprozesses gelingt es bislang nicht, durch politisch-institutionelle Innovationen eine soziale Kohärenz herzustellen (regulationstheoretisch gesprochen: eine Regulationsweise zu entwickeln), sondern Widersprüche und Krisen nehmen eher zu. Anhand von wichtigen Punkten, die im *Global-Governance*-Diskurs aufgenommen werden, sollen nun knapp die Veränderungen der letzten

9 Die fordistischen Kompromisse zwischen den relevanten gesellschaftlichen Klassen (Kapital und organisierte, weitgehend männliche Arbeiterschaft) basierten zentral darauf, dass Produktivitätszuwächse und sozialstaatliche Umverteilung hochgradig in korporatistischen Verbänden institutionalisiert waren. Die Macht der Gewerkschaften war anerkannt, gleichzeitig stellten die Gewerkschaften grundlegende Eigentums- und Machtverhältnisse nicht infrage. Der Staat spielte eine entscheidende Rolle als Mitorganisator gesellschaftlicher Innovation und als Feld korporatistischer Auseinandersetzungen sowie als soziale Sicherheit garantierende Instanz. Diese Kompromisse waren durchaus exklusiv, denn sowohl Frauen wie auch MigrantInnen waren daran weit weniger beteiligt. Zudem waren sie nationalstaatlich, denn internationale Umverteilungsmechanismen hatten kaum eine Bedeutung.

10 Strukturveränderungen des Ökonomischen werden nicht behandelt, da *Global Governance* ein Diskurs des Politischen ist.

zwanzig Jahre skizziert werden, um aufzuzeigen, weshalb sich bislang keine stabile Wachstumskonstellation herausbildet. In dieser Krisen-Situation wird der *Global-Governance*-Diskurs wichtig, denn eine stabile Konstellation soll insbesondere über die Re-Regulierung der ökonomischen Globalisierung ermöglicht werden.

(1) In der Krise des Fordismus, d. h. der in den Siebzigerjahren instabil werdenden gesellschaftlichen Entwicklungskonstellation, die sich etwa in geringeren Wachstumsraten, zunehmender Arbeitslosigkeit oder dem Zusammenbruch des *Bretton-Woods*-Systems äußerte, finden intensive Auseinandersetzungen auf technologisch-ökonomischer, soziokultureller und politischer Ebene um die Neuausrichtung der Gesellschaften statt.¹¹ Zentral ist die Internationalisierung sozialer Prozesse, die zu abnehmender nationalstaatlicher Regulierungsmöglichkeit führt. Internationalisierung bedeutet, grob gesprochen, für dominante Akteure aufgrund ihrer höheren Mobilität eine bessere *exit option*. Bestimmte Kapitalgruppen können sich eher sozialen Forderungen und politischen Regulierungen entziehen, die aus ihrer Perspektive gegen ihre Interessen stehen, oder aber die Drohung des *exit* in politischen Auseinandersetzungen, beispielsweise um die Steuerpolitik, einsetzen. Als Teil und Folge dieser Auseinandersetzungen, in der neoliberale Kräfte mit ihren Projekten die Oberhand gewinnen, transformiert sich der Staat in einen »nationalen Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1995). Dadurch ändern sich die überragenden Kriterien politischen Handelns: Das Primat internationaler Wettbewerbsfähigkeit, ökonomischer Effizienz und der notwendigen »freien Entfaltung der Marktkräfte« sowie, damit verbunden, der Realpolitik werden zu den Imperativen politisch-sozialen Handelns. Die Internationalisierung wichtiger gesellschaftlicher Prozesse – als nicht-intendierte Folgen vielfältiger intentionaler Strategien zur Überwindung der Krise des Fordismus – wirken damit als »Sachzwänge« zurück, die wiederum in ihrer konkreten Bedeutung umkämpft sind. Bob Jessop (1997: 88) spricht von einer sich durchaus unterschiedlich vollziehenden »Interiorisierung« internationaler Verhältnisse in nationale Gesellschaften. Insbesondere die Privatisierung vormals öffentlicher Aufgaben und die Kommerzialisierung von Politik schränken politisch-staatliche Spielräume und Steuerungsmöglichkeiten ein (Brühl et al. 2001) und erzeugen spezifische Widersprüche.¹² Allerdings ist in bestimmten Bereichen wie Migrations-, Militär- oder Sicherheitspolitik auch eine Zunahme von Regulierung zu beobachten. Es handelt sich also

11 Die Regulationstheorie geht davon aus, dass bürgerlich-kapitalistische Entwicklung sich in relativ stabilen und krisenhaften Phasen vollzieht. Stabilität ist dabei nicht das Gegenteil von Dynamik, sondern ermöglicht sie durch eine gewisse Kohärenz politischer Institutionen, privatkapitalistischer Strategien, gesellschaftlicher Normen, Wertvorstellungen u. ä. Die während einer stabilen Entwicklungsphase weitgehend akzeptierten Modi und Inhalte politischer und sozialer Auseinandersetzungen bezeichne ich in diesem Text an anderer Stelle als gesellschaftliche Kompromisse (ohne dass gesellschaftliche Auseinandersetzungen aufhörten, aber sie bewegen sich stärker in vorgegebenen Bahnen als das in Krisenphasen der Fall ist). Die theoretische Kategorie hierfür ist die so genannte Regulationsweise. Insbesondere an der als Fordismus bezeichneten Phase einer relativ dynamischen Nachkriegskonstellation wurde dieser Ansatz theoretisch und empirisch entwickelt.

12 Zur staatstheoretischen Diskussion vgl. auch die Überblicke von Esser (1999) und Grande/Risse (2000).

nicht pauschal um verringerte Regulierungskompetenzen der nationalstaatlichen politischen Institutionen, sondern um eine selektive Transformation.

(2) Während des Fordismus fanden internationale Politiken zum einen *zwischen* den beiden konkurrierenden Blöcken statt wie zum anderen auch *innerhalb* der Blöcke. Innerhalb der Blöcke setzte die jeweilige Hegemonialmacht, durchaus in Abstimmung mit und durch Zugeständnisse an die Verbündeten, wesentliche Standards internationaler Kooperation und Konkurrenz durch. Besonders deutlich war das in der Währungspolitik mit dem US-Dollar als Leitwährung innerhalb der westlichen Welt. Die Krise des Fordismus war auch eine Krise der Hegemonialmächte und ihrer normsetzenden Funktion. Internationale Politik wird dadurch zu einem komplizierteren Aushandlungsprozess, der in verstärkte ökonomische und politische Konkurrenz eingebettet ist. Entscheidend für die Diskussion um *Global Governance* ist nun, dass in der internationalen Politik ein »globaler Konstitutionalismus« dominiert (Gill 2000: 43-45; Scherrer 2000a: 25f; ähnlich Hein 1999: 47), dem zufolge die zentrale Orientierung internationaler Politik in der Sicherung des Privateigentums durch internationale Normsetzung besteht. Auch das internationale Institutionensystem ist wesentlich damit befasst, durch hochgradig machtförmige Kämpfe hindurch Akkumulations- und Konkurrenzprozesse politisch-institutionell abzusichern. Liberale Verfassungsvorstellungen sollen international gelten, was sich in Institutionen wie der WTO und dem dort angesiedelten TRIPS-Abkommen (*Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights*) zeigt oder den Vorschlägen zu einem multilateralen Investitionsabkommen (MAI), das 1998 an internationalen Protesten und dem Dissens einiger Regierungen vorläufig scheiterte. Die postfordistische Restrukturierung kann zwar durchaus als Versuch verstanden werden, die ökonomische und politische Vorherrschaft der USA wieder herzustellen. Das gegenwärtige Wiederaufleben des recht aggressiven Unilateralismus der USA und die Konflikte zwischen den USA und EU-Europa wie auch die zunehmende Kritik einiger südlicher Regierungen und zivilgesellschaftlicher Akteure deuten jedoch auf erhebliche Konflikte hin. Hier liegt ein Gutteil der Hoffnungen begründet, Vorstellungen von *Global Governance* im Sinne kooperativer und multilateraler Politik zu stärken (Nuscheler 2000: 152f; Cox 1997: 103).

(3) Die Vorstellungen und Praxen von Demokratie verändern sich ebenfalls tiefgreifend. Die liberale Demokratie hat sich mit dem modernen Nationalstaat entwickelt und war in der Nachkriegszeit zumindest in den industrialisierten Ländern durch die Sicherung der Rechte der Individuen und durch Sozialstaatlichkeit gekennzeichnet. Wenngleich sich demokratische Strukturen und Verfahren schon immer an den strukturellen kapitalistisch-patriarchalen Machtverhältnissen gebrochen haben, werden sie in den aktuellen Umbrüchen nunmehr nachhaltig ausgehöhlt (Hennig 2001: 30-37). Bezogen auf die Nationalstaaten dominiert heute ein Demokratieverständnis, das weitgehend mit dem bestehenden Institutionensystem gleichgesetzt wird und zudem funktionalistisch auf eine möglichst effektive und legitime Problemlösung reduziert wird (Görg/Hirsch 1998: 332). Die Demokratie im Wettbewerbsstaat beschränkt sich darauf, zur Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit beizutragen.

(4) »Politik« erschöpft sich nicht in bestimmten Techniken staatlicher Akteure im engeren Sinne, sondern wird durch gesellschaftliche Verhältnisse und ihre hegemoniale Verfasstheit überhaupt erst ermöglicht. Antonio Gramsci (1992: 783) hat dies mit dem Begriff der Hegemonie gefasst und die Orte der Auseinandersetzungen darum als »Zivilgesellschaft« bezeichnet. Das heißt, die neoliberalen Projekte, die bislang ganz entscheidend zur Herausbildung eines Postfordismus beigetragen haben, wurden eben von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Medien, Stiftungen, Unternehmensverbänden verfolgt. Die neoliberalen Diskurse sind weit in den »Alltagsverstand« (Gramsci 1994: 1334) eingegangen und Teil von »Selbsttechnologien« (Foucault 1984: 36) geworden. Ian Douglas (1999) vertritt in seiner Interpretation des Berichts der *Commission on Global Governance* (CGG 1996) die These, dass mit einem weiten Machtbegriff im Sinne der Kontrolle über das Leben und die Subjekte »globalization actually extends, rather than fragments, state-ordered power« (Douglas 1999: 153). Während also spezifische, insbesondere sozialstaatliche Steuerungsfunktionen abnehmen, gewinnen disziplinierende Funktionen, die von den Subjekten selbst bestätigt werden, an Bedeutung.

Die vier skizzierten und verdichteten Dimensionen postfordistischer Politik im Zuge der postfordistisch-neoliberalen Gesellschaftstransformation erzeugen spezifische Widersprüche. Dies ist deshalb wichtig, weil aus regulationstheoretischer Perspektive interessiert, in welcher Form diese Widersprüche möglicherweise bearbeitet werden, d. h., sich Modi der Regulation herausbilden. Die Auflösung fordistischer Kompromisse hat als zentrale Folge, dass *spezifische* Handlungsmöglichkeiten der nationalstaatlichen Institutionen – nicht staatlicher Macht im Allgemeinen – geschwächt werden, nämlich jene auf relativen sozialen Ausgleich angelegten Politiken, die eine gewisse gesellschaftliche Kohäsion auch materiell ermöglichten. Zudem sind dem »nationalen Wettbewerbsstaat« die Widersprüche zwischen Finanz- und anderem Kapital sowie zwischen dominanten und subalternen Klassen inhärent, wobei sich noch keine stabilen Kompromisse herausgebildet haben. Auch die internationale Politik ist geprägt vom Paradox zwischen Konkurrenz und Kooperation, wobei sich auch hier noch keine institutionellen Muster herausbildet haben, mittels derer diese Widersprüche institutionell stabilisiert werden könnten. Auch das Nord-Süd-Verhältnis, also jenes zwischen »OECD-Welt« und dem »Rest«, ist keineswegs stabil, sondern generiert zunehmend Krisen und Kritik. Die Transformation der Demokratie erzeugt nicht nur Widersprüche zwischen Ansprüchen an Effektivität und Legitimation, sondern auch zwischen proklamiertem Anspruch und Wirklichkeit. Denn die Vorstellung, dass Demokratie mehr bedeutet als eine weitere Ressource im Standortwettbewerb, nämlich den Versuch, ungleiche Lebensverhältnisse anzugleichen und Herrschaft einzuhegen, besteht weiterhin. Gerade dieser Sachverhalt wird von der so genannten globalisierungskritischen Bewegung aufgegriffen (vgl. exemplarisch Attac-Deutschland 2002; Brand 2003).

Die Tatsache, dass sich bislang keine einigermaßen kohärente Entwicklungsweise herausgebildet hat, welche die vielfältigen Widersprüche zumindest zeitweise »stilllegt« und eine dynamische sozio-ökonomische Wachstumskonstellation ermöglicht, führte in den Neunzigerjahren zu verstärkten Krisen sowie Kritik und Protest. Zu

erinnern ist an die Finanzkrisen in Asien, Russland, Mexiko, die zunehmende Kritik an der UNO, wachsende innergesellschaftliche Spaltungen, die Proteste gegen das MAI oder die WTO sowie allgemeiner gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen vieler Menschen. Die internationale politische Konstellation zeichnet sich schließlich dadurch aus, dass es seitens der dominanten Länder keinerlei Bestrebungen gibt, einen Aspekt von Hegemonie zu verfolgen, den der Führung, was nämlich immer auch bedeutet, materielle Zugeständnisse zu machen. Dies ist ein weiterer Grund für die gegenwärtige Krisenhaftigkeit der Umbrüche. Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass auch eine postfordistische Politik auf Zwangs- und Gewaltverhältnissen beruht. Gerade dort, wo sich grundsätzliche Kritik an bestehenden Verhältnissen deutlich zu artikulieren vermag oder sich dominante Interessen nicht durchsetzen können, wird teilweise auf offene Gewalt zurückgegriffen. Zudem bestehen weiterhin Prozesse »ursprünglicher Akkumulation« in Form von Raub, Enteignung und offener Gewalt (beispielsweise mittels der Patentierung »traditionellen« Wissens). Die neue Weltordnung ist eben keine mehr oder weniger glückende Kooperation, sondern auch und zunehmend von militärischer Gewalt, wie nach dem 11. September 2001 besonders deutlich wurde (Sack/Steffens 2003).

Neoliberale Projekte waren bislang zentral in der Herausbildung des Postfordismus, dabei entstehen zunehmend Widersprüche und Krisen. Der *Global-Governance*-Diskurs wird somit Teil eines Suchprozesses zur komplexen Bearbeitung der Widersprüche in Institutionen und Orientierungen.¹³ Dies war bereits Mitte der Neunzigerjahre der Fall. Der Diskurs gewinnt in dem Moment noch größere Bedeutung, in dem die Widersprüche neoliberaler Globalisierung als Krisen offensichtlich und politisiert werden.

3.2. *Global Governance als Teil eines Suchprozesses und Krisenmanagements*

Im Folgenden soll gezeigt werden, inwieweit zentrale Elemente des *Global-Governance*-Diskurses an die skizzierten Veränderungen anschließen und sie verstärken, die dominanten Entwicklungen also »rahmen« und ihnen damit Legitimität verschaffen. Die fünf Aspekte ergeben sich im Anschluss an die bereits herausgearbeiteten Kernelemente des Diskurses (Kap. 2).

13 Im Sinne der Regulationsbegriffs »brechen« diese Widersprüche nicht per se auf, sondern können durchaus stabilisiert werden. Allerdings geschieht dies nicht ausschließlich durch intentionale Politiken, sondern ist ein umfassenderer Prozess. Gelingende Regulation kann somit als »historische Fundsache« (Lipietz 1985) bezeichnet werden. Widersprüche werden sichtbar in Krisensituationen, oder wenn sie von Akteuren politisiert werden. Bemerkenswert ist gegenwärtig, dass die Kritik an den globalisierungsvermittelten Transformationen bzw. an ihren Folgen gerade dadurch wichtiger wird, weil sie auch aus dem Establishment vorgetragen wird wie beispielsweise von George Soros (1999); Helmut Schmidt (1998) oder Joseph Stiglitz (2002).

»Globalisierung« und das Verhältnis von Politik und Ökonomie

Der dominante Globalisierungsbegriff schreibt den als ökonomisch begriffenen Kern des Prozesses als unhintergebar fest (vgl. auch Röttger 2001: 147-151; aus feministischer Sicht Runyan 1999: 213f). Das Ökonomische wird als Kernprozess der Globalisierung gefasst und gerade dadurch zum Nicht-Gestaltbaren durch das Politische. Der Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit ist hier zentral. Die verschiedenen Protagonisten des *Global-Governance*-Diskurses versuchen, ein spezifisches Verständnis des Politischen in dieses Globalisierungsverständnis einzufügen, nämlich dass Politik den ökonomischen Globalisierungsprozess regulierend, Krisen vorbeugend oder abfedernd gestalten sollte. Der *Global-Governance*-Diskurs mit seiner Ausrichtung auf das Politische sichert somit die »postfordistische« Grenzziehung zwischen Politik und Ökonomie ab. Nach der politischen wie wissenschaftlichen Staatskritik der Siebziger- und Achtzigerjahre findet eine neuerliche Aufwertung des Staates statt, und zwar weniger als Wohlfahrtsstaat, sondern vielmehr als *efficient state* (Weltbank 1997). Dieses dominante Verständnis wird vor allem von politischen und wissenschaftlichen Ansätzen vorangetrieben, die den Staat als Verkörperung eines gesellschaftlichen Allgemeininteresses und neutralen Akteur verstehen. Dieser soll die negativen Folgen einer im Kern unantastbaren (ökonomischen) Globalisierung eindämmen. Ökonomie ist dabei der Ort legitimer Konkurrenz, Politik jener der Kooperation. Der gerade in der bundesdeutschen Debatte schillernde Begriff der staatlichen Steuerungsfähigkeit bzw. deren Wiedererlangung zur Problemlösung setzt daran an (Messner/Nuscheler 1996: 6). Staatliche Politik muss sich an Effizienzkriterien messen lassen, insbesondere inwieweit sie auf nationalstaatlicher oder regionaler Ebene in der Lage ist, Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Die Transformation des Staates zum nationalen Wettbewerbsstaat, der globale liberale Konstitutionalismus, die neoimperiale Weltordnung und die grundlegende Herrschaftsförmigkeit von Politik werden in dem von *Global Governance* geschaffenen Diskursterrain ignoriert. Zudem werden durch Effizienz- und Effektivitätsvorstellungen Machtverhältnisse bestätigt und gestärkt, weil »Effizienz« selbst ein hegemoniales Konstrukt ist, das wesentlich von herrschenden Akteuren definiert wird (vgl. auch Baxi 1996: 533), von vielen Akteuren als neoliberale Gouvernementalität verinnerlicht wurde und vor allem der Begründung wettbewerbsstaatlicher Politik dient.¹⁴

»Weltprobleme« und »globale Herausforderung«

Die Globalisierung, so die dominante Annahme des *Global-Governance*-Diskurses, erzeuge und verschärfe »Weltprobleme« wie ökonomische Instabilität, Armut,

14 Von neoliberaler Seite wird das »marktkonforme Politik« genannt und zur Begründung von Politik angeführt: »Global Governance sollte nur da ausgeweitet werden, wo Marktversagen vorliegt« (Diehl 2000).

Kriege, Umweltzerstörung, Migration etc. Diese Probleme werden konstatiert, es gibt sie, und sie sollen effizient gelöst werden.¹⁵ Im *Global-Governance*-Diskurs geht es nicht um Ursachen oder die Frage, für wen eigentlich welche Probleme bedeutsam sind (am ehesten noch ausgeführt von CGG 1996). Diese vermeintliche Evidenz der Weltprobleme birgt zum einen die Gefahr, die politischen Auseinandersetzungen um hegemoniale Problemdefinitionen zu unterschätzen. Zum anderen droht ein funktionalistisches Verständnis internationaler Politik. Demzufolge finden politische Prozesse dann statt, wenn Weltprobleme bestehen und bearbeitet werden müssen; eine starke Tendenz internationaler Politik bleibt dabei ausgeblendet. Denn der »globale Konstitutionalismus« zur internationalen Sicherung von Eigentumsverhältnissen ist kein Problem, das alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betrifft, sondern dient häufig international agierenden Unternehmen und schädigt gegebenenfalls andere Gruppen.¹⁶

Der *Global-Governance*-Diskurs der problemlösenden und ordnungschaffenden Regulierung ist auch hier nur auf den ersten Blick losgelöst vom Wettbewerbsdiskurs. Wie gesagt, misst sich »erfolgreiche« Politik heute an der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit sowie daran, die Bedingungen der dominanten ökonomischen Aktivitäten und Kapitalverwertung zu verbessern. Damit stellt sich eine Verbindung zwischen Problemlösung und Wettbewerbsorientierung her: Durch diese »harten« Kriterien hindurch werden Weltprobleme und ihre »effiziente« Bearbeitung wie Armut, Klimawandel, die Erosion der biologischen Vielfalt sowie verteilungs- oder geschlechterpolitische Fragen interpretiert. Insofern wird auch damit eine bestimmte Art und Weise, Realität zu denken und darin zu handeln, strukturiert. Schließlich impliziert die Annahme, dass es offenbar objektive Probleme und Problemdruck zu ihrer Lösung gebe, dass »neutrales« Wissen um komplexe Sachverhalte und deren Bearbeitung existiert und zentral zur Lösung der Probleme ist. Dies betrifft nicht nur die Inhalte, sondern auch die Form des Wissens: Experten (Politiker, Wissenschaftler, meist männlich und aus der Ersten Welt) sind jene, die wissen, wo die Probleme liegen und wie sie zu lösen sind. Den Experten widersprechende Perspektiven werden als ideologisch und partikularistisch zurückgewiesen. *Global Governance* ist ein Expertendiskurs, der einen bestimmten Typus (westlich-überlegenen) Wissens privilegiert.

Realpolitik

Postfordistische Politik impliziert aber über die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und ihre global-konstitutionalistische Absicherung hinaus mehr. So wird das

-
- 15 Es soll hier natürlich nicht die Existenz vielfältiger Probleme auf materialer Ebene geleugnet werden. Dennoch wird ihre soziale Konstruktion als spezifische Probleme grob unterschätzt.
 - 16 Ein heftig diskutiertes Beispiel ist die Frage, ob Regierungen in südlichen Ländern Patentbestimmungen für Medikamente umgehen können, um mit billigeren Generika der Bevölkerung zu helfen.

dominante klassisch-bürgerliche Politikverständnis aufrecht erhalten: »Politik« sei zuvorderst eine Angelegenheit von Staat und Parteien; »die Zivilgesellschaft« habe sich daran zu orientieren. Dabei dominiert ein Begriff von Zivilgesellschaft, der sie als gesellschaftlichen Ort begreift, an dem sich kritische und progressive Akteure versammeln. Zwar werden ein wachsendes Problembewusstsein der Menschen und zunehmende zivilgesellschaftliche Selbstorganisation unterstellt; so ist das »Entstehen einer globalen Zivilgesellschaft« für die CGG »Ausdruck der gewachsenen Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten« (CGG 1996: 369; vgl. kritisch dazu Stienstra 1999: 260f). Es droht dadurch aber nicht nur ausgeblendet zu werden, dass innerhalb der Zivilgesellschaft nicht nur kritische und progressive Akteure agieren, sondern auch, dass dies unter postfordistisch-neoliberalen Bedingungen geschieht: Viele Organisationen akzeptieren die grundlegenden Bedingungen im Wettbewerbsstaat und versuchen nurmehr korrigierend-regulierend in ihren jeweiligen Politikfeldern darauf einzuwirken, anstatt Alternativen zu formulieren (vgl. Brand et al. 2000). Die »realpolitische« Angleichung politischer Vorstellungen von Parteien und Verbänden sowie deren technokratische Politikvorstellungen bedürfen einer umso stärkeren Inszenierung von Politik. Materielle Inhalte – insbesondere die Intervention in ökonomische Prozesse, die nicht den dominanten Interessen entsprechen – werden gegenüber ihrer symbolischen Bedeutungszuweisung in vielen Bereichen zurückgedrängt. Vor »realpolitischem« Hintergrund werden imaginierte Runde Tische zum einzig plausiblen Politikmodus. Ungleiche Artikulations- und Durchsetzungspotenziale wie auch die immense Macht privater Unternehmen bleiben dagegen unterbelichtet (zur Kritik Scherrer 2000b: 51; Runyan 1999: 212f). Wengleich der *Global-Governance*-Diskurs einen erheblichen Reformbedarf anmeldet, stärkt er somit ein recht großes Vertrauen in das bestehende Institutionensystem und privilegiert kooperative Politikvorstellungen als einzig legitime. Verschiedene Interessen werden als grundsätzlich versöhnbar erachtet, Konflikte spielen eine untergeordnete Rolle.¹⁷

Utopie und Demokratie

Die realpolitische Ausrichtung von *Global Governance* steht auf den ersten Blick in einer gewissen Spannung mit »utopischen« Aspekten des *Global-Governance*-Diskurses bzw. der Entwicklung einer »neuen Vision« (CGG 1996). Hier wehrt sich Nuscheler (2000: 155) zu Recht gegen Kritik. Er erachtet Ideen und Anstöße als in allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig und sinnvoll. Wichtig ist jedoch, was unter »Utopie« verstanden wird. Denn deren Notwendigkeit wird von einigen *Global-Governance*-Protagonisten vor dem Hintergrund der oben skizzierten Unhintergebarkeit zentraler gesellschaftlicher Entwicklungen konstatiert. Entsprechend dominieren in den Beiträgen realpolitische Ansätze, *leadership* und eine wichtige

17 Wengleich Nuscheler (2000: 153) auf die Bedeutung von Konflikten hinweist, spielen sie ansonsten kaum eine Rolle.

Rolle von Experten. Der dramatischen Situationsbeschreibung entsprechen im *Global-Governance*-Diskurs recht bescheidene Politikvorstellungen. Dies hängt wiederum damit zusammen, dass der Konstitution der Probleme kaum Beachtung geschenkt wird. Der postulierte umfassende Anspruch auf tiefgreifende Veränderungen geht mit der weitgehenden Akzeptanz der Verhältnisse einher. Die politischen Vorstellungen korrespondieren daher häufig mit einem recht naiven *wishful thinking*. Emphatisch hört sich das in einer US-amerikanischen Debatte an: »We need enlightened leaders, but enlightened leaders need you« (Boston Research Center 1995: 175; ähnlich CGG 1996: 388). Neben dem recht begrenzten Bereich politischer Gestaltung stehen nicht konkret-utopische Vorstellungen anderer Vergesellschaftungsformen im Zentrum, welche die von den *Global-Governance*-Beiträgen als dramatisch bezeichneten Entwicklungen verändern könnten. Vielmehr stehen Ordnungsvorstellungen im Sinne einer krisenfreieren Stabilisierung der gegenwärtigen Entwicklungen im Zentrum von *Global Governance*: Es geht darum, innerhalb der bestehenden *realen* Verhältnisse, die von Krise oder gar »Chaos« bedroht sind, Ordnung zu erhalten bzw. zu schaffen.

Die »demokratische Frage« wird im *Global-Governance*-Diskurs ohnehin sehr unpräzise gestellt (so auch Ruppert 2000: 50f) und in mehrere Richtungen beantwortet. Teilweise stellt sich die Frage offenbar kaum, zumindest innerhalb nationaler Gesellschaften, indem die kapitalistischen Metropolen als »very democratic« Vorbildcharakter erlangen (Boston Research Center 1995: 20). Andernorts wird ein eher funktionalistischer Begriff von Demokratie gestärkt, indem diese auf Effektivitätskriterien eingeführt wird (Messner/Nuscheler 1996: 6). Die CGG (1996: 65-71) vertritt eher ein Demokratieverständnis von »checks and balances«. Daneben gibt es schließlich ein deliberativ geprägtes Politikverständnis, wie es explizit die Gruppe von Lissabon (1997: 177-181) vertritt. Allerdings ist allen Demokratiebegriffen im *Global-Governance*-Diskurs gemein, dass es sich im Wesentlichen um Verfahren handelt, die zur Problemlösung beitragen sollen. Ein emphatischer Begriff demokratischer Selbstregierung wird nicht vertreten.

(Welt-) Gesellschaftliche Allgemeininteressen

Schließlich steht im Hintergrund des dominanten *Global-Governance*-Diskurses das Verständnis, dass es um (welt-) gesellschaftliche Allgemeininteressen gehe. Dass dieses Allgemeininteresse immer ein gesellschaftliches Konstrukt als Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und Kompromissbildungsprozesse ist, dürfte kaum jemand bestreiten. Gleichwohl wird in den meisten *Global-Governance*-Beiträgen diese Konstruiertheit nicht weiter hinterfragt. In dreifacher Hinsicht wird damit an dominante gesellschaftliche Perspektiven angeknüpft: Staat kann derart zur Verkörperung eben dieses Allgemeininteresses werden, womit die Notwendigkeit staatlicher Steuerungsfähigkeit begründet wird. Zum anderen können auch hier gesellschaftliche Konflikte als grundsätzlich versöhnbar dargestellt werden. Und schließlich wird ein »weltgesellschaftliches« Allgemeininteresse stark aus der Pers-

pektive der »OECD-Welt« (Zürn 1998: 10) formuliert, die nicht nur weiß, wo die Probleme liegen, sondern auch die Mittel der Bearbeitung zur Verfügung hat (explizit Gruppe von Lissabon 1997: 27).

Hier tut sich eine bemerkenswerte Spannung auf: Das »weltgesellschaftliche« Allgemeininteresse politischer Kooperation wird nämlich keineswegs in Gegensatz zu den »nationalen Interessen« gesehen, die ja teilweise ganz andere sind. Am Standort Deutschland ist es zum Allgemeininteresse geworden, wettbewerbsfähig zu sein *gegen* andere Gesellschaften. Meines Erachtens wird dieses Paradox zwischen Kooperation und Konkurrenz folgendermaßen gelöst: Die oben dargelegte Essentialisierung und Unantastbarkeit des Ökonomischen ermöglicht es, politische Kooperation zur »Lösung der Weltprobleme« *nicht* in offenem Widerspruch mit der Konkurrenz zwischen Standorten, Kapitalen und Arbeitskräften sowie ihrer wettbewerbsstaatlichen und global-konstitutionalistischen Absicherung zu sehen. Es wird ein Allgemeininteresse an kooperativen Lösungen offensichtlicher, alle gleichermaßen betreffender Probleme formuliert, wobei kapitalistische Konkurrenz eben nicht mehr als Problem gesehen wird, sondern gleichsam naturwüchsig besteht. Gerade durch die diversen Ausblendungen wird es möglich, bestimmte Konsense im Postfordismus mit zu organisieren. Dies ist nun keineswegs neu, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte kämpfen immer um die Verallgemeinerung ihrer Interessen. Was sich jedoch verändert, sind die historisch-konkreten Formen, in denen dies stattfindet. Dabei sind sich die Akteure selbst – in der Regel viel stärker als die über sie reflektierenden Sozialwissenschaften – mehr oder weniger bewusst, dass sie ihre Interessen nicht vollständig durchsetzen können, sondern zu Kompromissen bereit sein müssen. Genau dieses diskursive Kompromissterrain wird nun von *Global Governance* bereit gestellt, denn damit wird eine Perspektive eröffnet, die annimmt, dass die Widersprüche und Krisen der postfordistischen Restrukturierung durch eine politische Re-Regulierung der ökonomischen Globalisierung bearbeitet werden könnten. Was genau darunter zu verstehen ist, bleibt zwar umstritten. Dennoch sind einige »Wahrheiten« unhintergebar: eine als ökonomisch verstandene und in ihrem Kern nicht infrage zu stellende Globalisierung, ein auf Kooperation und Realpolitik, d. h. am »Machbaren« ausgerichteter Politikbegriff, womit die *alle* Menschen betreffenden Weltprobleme bearbeitet werden sollen.

Die Protagonisten des *Global-Governance*-Diskurses tragen mit ihrer Ausrichtung an Konsens und Allgemeininteresse insofern zur Ausarbeitung postfordistischer gesellschaftlicher Kompromisse bei. Auch das ist so neu nicht: Die subalternen Kräfte werden auf das Gemeinwohl eingeschworen, und dieses wird heute durch die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Realpolitik erreicht. Partikuläre Interessen und Herrschaftsverhältnisse drohen dahinter zu verschwinden. Zentral sind diesen Intellektuellen die Annahmen dessen, was Robert Cox (1986: 208) in Absetzung von einer *critical* eine *problem solving theory* genannt hat. Der Imperativ von Denken und Vorschlägen sind ihr politischer »Nutzen«, praktisch meist für staatliche Akteure und begründet als Beitrag zum Allgemeinwohl. Die Effektivität der Intellektuellen einer Re-Regulierungsperspektive zeigt sich auch darin, dass es ihnen weitgehend gelingt, praktische und theoretische Herrschaftskritik zu delegiti-

mieren (so z. B. Nuscheler 2000). Bemerkenswert ist hierbei, dass es in einem ganz anderen Spektrum sehr dezidiert um offene Konflikte und keineswegs um *problem solving* im gesellschaftlichen Allgemeininteresse geht. Denn die »neoliberalen« Intellektuellen und ihre *think tanks* sind sich der Konflikthaftigkeit der gegenwärtigen Umbrüche, d. h. des notwendigen »Klassenkampfes von oben« sehr bewusst (vgl. dazu Plehwe/Walpen 1998; van der Pijl 1998: Kap. 4). Den Intellektuellen einer *Global Governance* geht es demgegenüber um Integration und Konsens, die sie selbst mit ausarbeiten, ohne die Kerne der gegenwärtigen Transformation in Frage zu stellen.

4. Fazit und Ausblick

In diesem Beitrag sollte gezeigt werden, wie der dominante *Global-Governance*-Diskurs Vorstellungen des internationalen Politischen begrifflich verdichtet und damit »rahmen« könnte. Dieser Diskurs steht keineswegs per se in Widerspruch mit den dominanten Formen von Politik, sondern könnte durchaus zu einem hegemonialen Diskurs werden (eine andere Einschätzung vertritt stellvertretend für viele andere Hummel 2002: 117). Selbst wenn Fragen von Hegemonie weitgehend ausgeblendet bleiben bzw. im Begriff des Allgemeininteresses verschwinden, ist der *Global-Governance*-Diskurs de facto Teil von Auseinandersetzungen um Hegemonie, verstanden als widersprüchlicher Prozess, spezifische Sichtweisen und Interessen zu verallgemeinern. Wachsende Aufmerksamkeit erhält *Global Governance* in der Folge der jüngsten Krisen (und damit einhergehender Kritik), deren Ursachen in der »ökonomischen« und unregulierten Globalisierung gesehen werden. Diese Prozesse sollen politisch-institutionell reguliert werden. Aus dem entwickelten Argument heraus wird offensichtlich, warum der *Global-Governance*-Diskurs attraktiv ist: Die damit verbundenen Vorstellungen akzeptieren weitgehend die seit der Krise des Fordismus stattgefundenen Veränderungen und bieten für die damit verbundenen Probleme plausible Antworten an. Der Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit wird nicht mehr hinterfragt; vielmehr wird versucht, mit den negativen Folgen der kapitalistischen Globalisierung umzugehen. Es dominiert eine Problempertzeption, die Probleme als weltweite und für alle gleichermaßen existierend konzeptualisiert und ein weltweites Allgemeininteresse an der Bearbeitung von Problemen konstatiert. Dazu wird ein realpolitischer Politik- und Demokratiebegriff sowie ein technokratisches Verständnis von Utopie entworfen, während die »autonome« Zurichtung der Subjekte auf den Wettbewerb, Expertentum sowie die Verpflichtung der Subalternen auf das »Allgemeinwohl« nicht weiter hinterfragt werden.

Dieser Beitrag sollte in zugespitzt-explorativer Form eine andere Perspektive auf die Debatte um *Global Governance* eröffnen, nämlich ihre Bedeutung in der postfordistischen Restrukturierung und deren jüngsten Krise herausstellen. Davon ausgehend müssen präzisere Forschungen erfolgen. Die Bedingungen und spezifischen Prozesse, unter denen der *Global-Governance*-Diskurs hegemonial werden könnte, müssten ebenso eingehend beleuchtet werden wie seine Entwicklung im Zeitverlauf

und seine Artikulation mit anderen Diskursen. Ein allgemeines Kriterium für den hegemonialen Charakter von *Global Governance* zumindest in Europa liegt darin, ob es ökonomischen und politischen Eliten von EU-Europa gelingt, ihre Interessen als Allgemeininteressen zu definieren und unter dem Begriff generelle Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung und Entwicklung zu fassen. Welche Akteure definieren spezifische Problemdeutungen und welche setzen sich durch? Welche Vorschläge etwa zu institutionellen Veränderungen werden aufgegriffen, welche nicht? Welche Kräfte, Faktoren und Konstellationen bringen neue Formen der Regulierung bzw. *Global Governance* hervor, wie funktionieren sie und welche Wirkungen zeitigen sie (vgl. Brand/Scherrer 2002: 80)?

Auch die sozialwissenschaftlichen Umgangsweisen müssten präziser untersucht werden. Weil die Prominenz des Begriffs *Global Governance* – wie auch des Begriffs der Globalisierung – nicht unbedingt mit seiner analytischen Schärfung einhergeht und in vielen Fragen erhebliche Differenzen zwischen unterschiedlichen theoretischen Ansätzen bestehen, die nicht mit definitivistischen Ungenauigkeiten zusammenhängen, müssen die verschiedenen gesellschaftstheoretischen und -politischen Annahmen explizit gemacht werden (so auch Grande/Risse 2000: 245). Denn die Frage der gegenwärtigen Transformationsprozesse und der Rolle politischer Regulierungen ist nicht nur eine empirische, sondern immer auch eine theoretische.¹⁸ Genauer erforscht werden müsste zudem der Zusammenhang zwischen der »Doppelfunktion« des *Global-Governance*-Diskurses, nämlich einerseits wissenschaftliche Orientierungen zu stiften und andererseits politisches Handeln zu legitimieren.¹⁹

Eine wichtige Frage bleibt schließlich, ob *Global Governance* die Chancen zu einer Auf- und Neubewertung gesellschaftlicher Prozesse eröffnet (so etwa Ruppert 2000: 56). Dies kann nicht abstrakt entschieden werden. Zweifellos öffnet der *Global-Governance*-Diskurs mit seiner kooperativen und damit multilateralen Perspektive eine analytische und politische Perspektive (so dezidiert Nuscheler 2000: 155). Als Kontrapunkt zum US-Unilateralismus ist dies sicherlich denkbar und heute dringend notwendig. Und auch an den Rändern können sich kritischere Positionen bilden wie etwa die feministische Debatte zeigt. Inwieweit *Global Governance* ein hegemonialer Diskurs wird, hängt nicht nur von Deutungskämpfen ab, sondern ist auch eine Frage internationaler wie innergesellschaftlicher Auseinandersetzungen

18 Zu den damit verbundenen erheblichen gesellschaftstheoretischen Problemen, vgl. Görg (2002).

19 Angesichts der Bedeutung sozialwissenschaftlicher Beiträge im *Global-Governance*-Diskurs stellt sich hier unweigerlich die Frage nach deren Normativität. Damit öffnet sich ein weites Feld. Aus historisch-materialistischer wie auch aus »dekonstruktivistischer« Sicht ist die Entschlüsselung von Herrschaftsverhältnissen mit der normativen Perspektive, sie zu verändern, wichtig. Dabei geht es nicht zuletzt um die Handlungsmöglichkeiten schwächerer und emanzipativer Akteure. Allerdings sind die Argumente vieler Intellektueller des *Global-Governance*-Diskurses nicht von der Hand zu weisen: Angesichts der Dominanz der konservativ-neoliberalen Kräfte gehe es heute zuvorderst darum, diese zu schwächen, was dann jedoch wenig Spielraum für »weitergehende« Vorstellungen lasse (Nuscheler 2000: 153).

um institutionelle Entwicklungen, materielle Zugeständnisse etc. Wenn die hier angestellten Überlegungen dazu beitragen, das Verständnis von *Global Governance*, verstanden als Diskurs, und dessen Bezug zu den strukturellen Dynamiken zu schärfen und neue Forschungsfragen zu generieren, ist viel gewonnen.

Literatur

- Aglietta, Michel 2000: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 1999: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 4. Auflage, Münster.
- Amin, Ash (Hrsg.) 1994: Post-Fordism: A Reader, Oxford.
- Attac-Deutschland (Hrsg.) 2002: Eine andere Welt ist möglich, Hamburg.
- Baxi, Upendra 1996: »Global Neighborhood« and the »Universal Otherhood«: Notes on the Report of the Commission on Global Governance, in: Alternatives 21: 4, 525-549.
- Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.) 1997: Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Hamburg.
- Behrens, Maria (Hrsg.) 2002: Global Governance – Probleme, Konzepte, Kritik. Studienbrief der FernUniversität Hagen, Hagen.
- Bello, Walden 2001: Prospects for Good Global Governance: The View from the South (Bericht an den Bundestag, 25.10.2002), unv. Ms.
- Berndt, Michael/Sack, Detlef (Hrsg.) 2001: Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung, Opladen.
- Boston Research Center for the 21st Century (Hrsg.) 1995: A People's Response to Our Global Neighborhood: Dialogues on the Report of The Commission on Global Governance, Cambridge, MA.
- Boyer, Robert 1990: The Regulation School: A Critical Introduction, New York, NY.
- Brand, Ulrich 2003: Das World Wide Web des Anti-Neoliberalismus. Entstehende Formen postfordistischen Protests und der unmögliche globale Keynesianismus, in: Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver (Hrsg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster, i. E.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter 2000: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster.
- Brand, Ulrich/Scherrer, Christoph 2002: Contested Global Governance. Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung, in: Behrens 2002, 77-93.
- Brand, Ulrich/Raza Werner (Hrsg.) 2003: Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster.
- Brühl, Tanja/Debiel, Tobias/Hamm, Brigitte/Hummel, Hartwig/Martens, Jens (Hrsg.) 2001: Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozeß, Bonn.
- Brunnengräber, Achim/Stock, Christian 1999: Global Governance. Ein neues Jahrhundertprojekt?, in: Prokla 29: 3, 445-468.
- Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.) 2001: Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime, Shareholder Society, Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hamburg.
- CGG (Commission on Global Governance/Kommission für Weltordnungspolitik) 1996: Nachbarn in einer Welt (Stiftung Entwicklung und Frieden, Eine Welt, Band 14), Bonn.

- Cox, Robert W. 1986: Social Forces, States and World Orders, in: Keohane, Robert O. (Hrsg.): Neorealism and Its Critics, New York, NY, 204-254.
- Cox, Robert W. 1997: An Alternative Approach to Multilateralism for the Twenty-first Century, in: Global Governance 3: 1, 103-116.
- Czempiel, Ernst-Otto/Rosenau, James (Hrsg.) 1992: Governance without Government: Order and Change in World Politics, Cambridge.
- Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) 1994: Hegemonie und Staat. Regulation als Projekt und Prozeß, Münster.
- Diehl, Markus 2000: Global Governance, Minimalstaat und Hegemonie-Kritik, (Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung »Global Governance und die Zukunft der Entwicklungspolitik« an der Universität Frankfurt a. M., Wintersemester 2000/2001, vorgetragene Thesen), Frankfurt a. M., Ms.
- Douglas, Ian R. 1999: Globalization as Governance: Toward an Archaeology of Contemporary Political Reason, in: Prakash/Hart 1999, 134-160.
- Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft 2001: Zwischenbericht, Berlin.
- Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft 2002: Schlussbericht, Berlin.
- Esser, Josef 1999: Der kooperative Nationalstaat im Zeitalter der »Globalisierung«, in: Döring, Diether (Hrsg.): Sozialstaat in der Globalisierung, Frankfurt a. M., 117-144.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.) 1994: Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg.
- Foucault, Michel 1973: Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 1977: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 1984: Von der Freundschaft als Lebensweise, Berlin.
- Gill, Stephen 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen 2000 (Hrsg.): Die Konfiguration Europas, Münster, 23-50.
- Görg, Christoph 2002: Einheit und Verselbständigung. Probleme einer Soziologie der »Weltgesellschaft«, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9: 2, 275-304.
- Görg, Christoph/Hirsch, Joachim 1998: Chancen für eine »internationale Demokratie«?, in: Das Argument 40: 3, 319-344.
- Grande, Edgar/Risse, Thomas 2000: Bridging the Gap. Konzeptionelle Anforderungen an die politikwissenschaftliche Analyse von Globalisierungsprozessen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 235-266.
- Gramsci, Antonio 1992: Gefängnishefte 6 und 7, Berlin.
- Gramsci, Antonio 1994: Gefängnishefte 10, Berlin.
- Gruppe von Lissabon 1997: Grenzen des Wettbewerbs, München.
- Haas, Peter M. 1992: Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination, in: International Organization 46: 1, 1-35.
- Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 2001: Global Governance. Notwendigkeit – Bedingungen – Barrieren, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt a. M., 11-37.
- Hein, Wolfgang 1999: Postfordistische Globalisierung, Global Governance und Perspektiven eines evolutiven Prozesses »Nachhaltiger Entwicklung«, in: Hein, Wolfgang/Fuchs, Peter (Hrsg.): Globalisierung und ökonomische Krise, Hamburg, 13-76.
- Hennig, Eike 2001: Globalisierung, Demokratie und Partizipation: Noten zur Engführung einer Aufmerksamkeitshaltung, in: Berndt/Sack 2001, 29-42.
- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.

- Hirsch, Joachim 2001: Postfordismus. Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation, in: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (Hrsg.): Die Zukunft des Staates, Hamburg, 171-209.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg.
- Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hrsg.) 2000: Frauenpolitische Chancen globaler Politik, Opladen.
- Hübner, Kurt 1989: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Berlin.
- Hummel, Hartwig 2002: Global Governance als neue große Debatte, in: Behrens 2002, 113-120.
- Jäger, Siegfried 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositionsanalyse, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, 81-112.
- Jessop, Bob 1997: Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation?, in: Becker/Sablowski/Schumm 1997, 50-95.
- Lipietz, Alain 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«, in: Prokla 15: 1, 109-137.
- Link, Jürgen 1983: Was ist und was bringt Diskurstaktik?, in: kultuRRRevolution 2, 60-66.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 1996: Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert (Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper Nr. 2), Bonn.
- Meyer, Mary K./Prügl, Elizabeth (Hrsg.) 1999: Gender Politics in Global Governance, Lanham, MD.
- Mürle, Holger 1998: Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen (INEF-Report, Heft 32), Duisburg.
- Nuscheler, Franz 2000: Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept, in: Prokla 30: 1, 151-156.
- Paul, James A. 2001: Der Weg zum Global Compact. Zur Annäherung von UNO und multinationalen Unternehmen, in: Brühl et al. 2001, 104-129.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard 1998: Eine »Art von internationaler fünfter Kolonne des Liberalismus«, in: Stötzel, Regina (Hrsg.): Ungleichheit als Projekt, Marburg, 367-380.
- Prakash, Aseem/Hart, Jeffrey A. (Hrsg.) 1999: Globalization and Governance, London.
- Reinicke, Wolfgang H. 1998: Global Public Policy: Governing without Government?, Washington, DC.
- Reinicke, Wolfgang H./Benner, Thorsten/Witte, Jan Martin 2001: Global Public Policy. Globalisierung gestalten durch globale Politiknetzwerke, in: Oberreuther, Heinrich/Piazolo, Michael (Hrsg.): Global Denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel, München, 265-277
- Röttger, Bernd 2001: Jenseits des Staates. Der Positivismus der Geschäftsführer, in: Berndt/Sack 2001, 147-161.
- Rosenau, James N. 1995: Governance in the Twenty-First Century, in: Global Governance 1: 1, 13-43.
- Roth, Roland 1998: Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen, in: Görg, Christoph/Roth, Roland (Hrsg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster, 95-118.
- Ruf, Anja 2000: Kritische Anmerkungen zu Global Governance, in: Holland-Cunz/Ruppert 2000, 169-177.

- Runyan, Anne Sisson* 1999: Women in the Neoliberal »Frame«, in: Meyer/Prügl 1999, 210-220.
- Ruppert, Uta* 2000: Global Governance: Das Ende der Illusionen oder ein neues Ideal internationaler Frauenpolitik?, in: Holland-Cunz/Ruppert 2000, 45-66.
- Sack, Detlef/Steffens, Gerd* 2003: Gewalt statt Anerkennung? Aspekte des 11.9.2001 und seiner Folgen, Frankfurt a. M.
- Scherrer, Christoph* 2000a: Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus, in: Prokla 30: 1, 13-38.
- Scherrer, Christoph* 2000b: Die Spielregeln der Globalisierung ändern? Global Governance – zu welchem Zweck?, in: Kommune 9, 50-55.
- Schmidt, Helmut* 1998: Globalisierung. Politische, ökonomische und kulturelle Herausforderungen, Stuttgart.
- Soros, Georg* 1999: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Frankfurt a. M.
- Stieglitz, Joseph* 2002: Die Schatten der Globalisierung, München.
- Stienstra, Deborah* 1999: Of Roots, Leaves, and Trees: Gender, Social Movements, and Global Governance, in: Meyer/Prügl 1999, 260-272.
- van der Pijl, Kees* 1998: Transnational Classes and International Relations, London.
- Weltbank* 1997: Weltentwicklungsbericht 1997. Der Staat in einer sich ändernden Welt, Bonn.
- Wichterich, Christa* 2000: Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen, in: Lenz, Ilse/Mae, Mickiko/Klose, Karin (Hrsg.): Frauenbewegungen weltweit, Opladen, 257-280.
- Zürn, Michael* 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt a. M.